



Mit Planen machte das Aktionsbündnis „B-96-Ausbau - So nicht!“ im vorigen Jahr auf den überdimensionierten Flächenverbrauch für den Ausbau der Bundesstraße aufmerksam.

FOTO: MIRKO HERTRICH/NK-ARCHIV

Bohrungen für den B-96-Ausbau kritisiert

Von Heike Sommer

Mittels Großbohrtechnik finden jetzt Baugrunderkundungen für den geplanten B-96-Ausbau zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg statt. Naturschützer erheben Einspruch.

NEUSTRELITZ/NEUBRANDENBURG. Für den geplanten Ausbau der B 96 zwischen Neustrelitz und Neubrandenburg finden jetzt Baugrunderkundungen mit Großbohrtechnik statt. Wie das Straßenbauamt öffentlich bekannt gab, dienen diese Arbeiten zur sorgfältigen Vorbereitung der Entwurfsplanung. Betroffen sind Grundstücke im Bereich Neustrelitz, Neubrandenburg, Blumenholz, Groß Nemerow, Holldorf und Burg Stargard.

Grundstückseigentümer seien gesetzlich dazu verpflichtet, diese Arbeiten zu dulden. Gegen diese Bekanntmachung konnte bis zum 19. Oktober Wider-

spruch erhoben werden. Von diesem Recht hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) jetzt Gebrauch gemacht. Die Stellungnahme liegt dem Nordkurier vor. Darin fordert der BUND-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, bereits begonnene Bohrungen sofort einzustellen und zunächst die Naturverträglichkeit des Vorhabens zu prüfen.

Naturschutzgründe angeführt

Insbesondere wird kritisiert, dass Großbohrungen innerhalb des Vogelschutzgebietes Wald- und Seenlandschaft Lieps-Serrahn und in sogenannten FFH-Gebieten am Tollensesee stattfinden. Laut Ankündigung des Straßenbauamtes befinden sich Bohrungen auch zwischen den Naturschutzgebieten Nonnenhof und Nonnenbachtal. „Hierbei ist genau zu klären, dass diese Bohrungen nicht innerhalb eines der Gebiete liegen“, fordert der BUND.

Ansonsten müsse seitens des Straßenbauamtes eine entsprechende Ausnahmegenehmigung bei der Unteren Naturschutzbehörde beantragt werden. Die Übersichtskarte des Straßenbauamtes zeige, dass sich eine Bohrung im Naturschutzgebiet Hellberge befinde. Der BUND weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass es laut Verordnung verboten ist, „Sprengung oder Bohrungen vorzunehmen oder in sonstiger Weise die Oberflächengestalt zu verändern.“

Auch in Bezug auf den Biotop- und Artenschutz sieht der Naturschutzverband die Bohrungen kritisch. Es müsse beispielsweise auf Brutvögel, Fledermausquartiere sowie Amphibienbestände Rücksicht genommen werden. Der BUND gehört dem Aktionsbündnis „B-96-Ausbau - so nicht!“ an, das eine naturverträglichere Ertüchtigung der Fernverkehrsstraße fordert. Dem Bündnis haben sich unter anderem

die Gemeinde Blumenholz, regionale Organisationen der Linken und der Grünen angeschlossen. Es protestiert seit Jahren gegen den seiner Ansicht nach natur- und menschenfeindlichen überdimensionierten Ausbau der B96 zwischen Neubrandenburg und Neustrelitz.

„Der bisher geplante Ausbau ist zu 60 Prozent ein Neubau und widerspricht jedem Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsgedanken. Er verschandelt unseren Landstrich und macht ihn zum Leben und Urlauben unattraktiv. Wir fordern einen nur leichten Ausbau mit einigen wenigen besseren Überholmöglichkeiten - die dadurch übrigen 100 Millionen Euro müssen in das Schienen- und Radwegenetz investiert werden - so sieht moderne Verkehrspolitik für Mensch und Umwelt aus“, macht Annett Beitz vom Aktionsbündnis deutlich.

Kontakt zur Autorin
h.sommer@nordkurier.de